2020/26 Antifa

https://www.jungle.world/artikel/2020/26/antifa-heisst-nicht-zivilgesellschaft

Wie die Antifa in Deutschland staatstragend wurde

Antifa heißt nicht Zivilgesellschaft

Von **Redaktion Antideutsch.org**

Wie die Antifa in Deutschland staatstragend wurde: ein Rückblick anlässlich des 20. Jubiläums des sogenannten Sommers der Antifa.

»Deutschland ist ein schönes Land, wir lieben es so sehr, / doch für Affen ist bei uns längst schon kein Platz mehr. / Afrika für Affen, Europa für Weiße, / steckt die Affen in ein Boot und schickt sie auf die Reise.« Mit diesen Zeilen beginnt das »Afrika-Lied« der international bekannten deutschen Rechtsrockband Landser. Es war der Soundtrack zu Mord und Totschlag am Abend des 10. Juni 2000 in der Kleinstadt Dessau in Sachsen-Anhalt. Drei junge Nazis marschierten durch die Innenstadt, grölten das »Afrika-Lied« und Parolen wie: »Hier marschiert der nationale Widerstand!«

Der dreifache Vater Alberto Adriano war zu diesem Zeitpunkt bei Freunden. Gegen ein Uhr nachts machte er sich auf den Heimweg und begegnete den drei Nazis im schlecht beleuchteten Stadtpark. Die Nazis traktierten den ehemaligen Vertragsarbeiter mit zahlreichen Schlägen und Tritten. Als Adriano bereits regungslos auf dem Boden lag, zertrümmerten sie seinen Schädel. Die herbeigerufene Polizei kam zu spät. Am 14. Juni 2000 starb Alberto Adriano im Krankenhaus an den Folgen seiner Verletzungen.

> Anders als es sich mancher ehemalige Linksradikale einredet, ist die »Zivilgesellschaft« kein Gegenspieler des Staates mehr.

Sechs Tage nach dem brutalen Mord demonstrierten in Dessau über 2 000 Menschen gegen rassistische Gewalt. Der Protestzug wurde von einigen Hundert autonomen Antifaschisten angeführt. Obwohl viele von ihnen vermummt waren und der antifaschistische Block martialisch wirkte, schlossen sich viele Dessauer der Demonstration an. Die aus dem gesamten Bundesland herangezogenen Hundertschaften der Polizei sahen sich gezwungen, Zurückhaltung zu üben. Sie ließen es sogar zu, dass sich ein zweiter, nicht angemeldeter Demonstrationszug in Bewegung setzte, an dem sich 400 vermummte Antifaschisten beteiligten.

Das war einer von etlichen Momenten des sogenannten Sommers der Antifa im Jahr 2000. Zugleich brachte das Jahr das Ende der autonomen Antifa. Auf dem damals noch allseits beliebten Musiksender MTV lief zwar stündlich der Song »Adriano (Letzte Warnung)« von Brothers Keepers und Antifaschisten konnten Politikern und Sozialpädagogen die Zeile entgegenhalten: »Was wir reichen, sind geballte Fäuste, keine Hände!« Aber die Selbstorganisation jenseits von Parteistrukturen und anderer Vereinnahmung, ermöglicht durch bundesweite Zusammenschlüsse und lokale Hochburgen, stand vor dem Ende.

Im Oktober 2000 rief der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) nach einem Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf einen »Aufstand der Anständigen« aus. Die Parole »Gegen Nazis« wurde so gewissermaßen zur Staatsräson. Damit ging der Aufstieg der Bundesrepublik zum Gedenkweltmeister einher, der sich im Berliner Holocaustmahnmal manifestierte, einem »Ort, wo man gerne hingeht« (Schröder).

Das Aufkommen des Rechtspopulismus und -extremismus in ehemals von Deutschland besetzten Ländern und auch in Staaten, die auf der Seite der Alliierten gekämpft hatten, veränderte die Wahrnehmung im Lauf der Zeit selbst bei Antifaschisten. In Moskau töteten russische Neonazis auf offener Straße »Kaukasier«, in Frankreich stieg der Front National auf, in der Slowakei wurden Sinti und Roma gesellschaftlich ausgegrenzt, das katholische Polen lehnte die gesellschaftliche Gleichstellung Homosexueller ab. All das verführte zu der irrigen Annahme, dass verglichen damit zumindest in bestimmten Regionen Deutschlands ein höheres Maß an Zivilisiertheit herrsche, mit »Erinnerungskultur«, »Zivilgesellschaft« und »Projekten gegen rechts«.

Fritz Bauer sagte einmal, dass »die Zivilisation nur eine sehr dünne Decke ist, die sehr schnell abblättert«. Deutlich wurde dies, als ein beachtlicher Teil der Bevölkerung 2015 die Aufnahme von Flüchtlingen in die deutsche Wohlstandsgesellschaft zu einer mittleren Katastrophe erklärte. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich jedoch die meisten ehemals autonom organisierten Antifaschisten schon ins Berufs- beziehungsweise Privatleben verabschiedet. Während die Mehrheit sich damit begnügt, zwei, drei Mal im Jahr bei Blockaden oder auf antirassistischen Loveparades die richtige Haltung zu zeigen, haben die Cleveren den schwarzen Hoodie gegen ein Sakko getauscht und machen in Zivilgesellschaft.

Doch anders als es sich mancher ehemalige Linksradikale einredet, ist die sogenannte Zivilgesellschaft kein Gegenspieler des Staates mehr, sie ist vielmehr der verlängerte Arm des Staates und leistet ihren Beitrag zur Konstitution des deutschen Staats- und Gesellschaftsverständnisses. Mit dem Aufgehen in der »Zivilgesellschaft« ist die Antifa staatstragend geworden.

Das hat sich auch beim Aufstieg der AfD gezeigt: Aus der selbstverständlichen Ablehnung der rechtsextremen Partei heraus schlugen sich viele antifaschistisch und zivilgesellschaftlich Bewegte auf die Seite des Staats, seiner Erinnerungspolitik und der postnazistischen sozialen Verhältnisse. Als Alexander Gauland (AfD) etwa kürzlich mürrisch daran erinnerte, dass Deutschland am 8. Mai eine Niederlage hatte hinnehmen müssen, arbeiteten sich staatstragende Antifaschisten an ihm ab, die unter dem Slogan »Wer nicht feiert, hat verloren« ein ritualisiertes Ablassgeschäft mit der deutschen

Kollektivschuld kultiviert haben. Ihre Forderung? Der Tag der Befreiung, also der Tag, an dem die Welt von der deutschen Barbarei befreit wurde, solle zum bundesweiten Feiertag erklärt werden, wie es unter anderem die Unterzeichner einer Petition auf Change.org fordern, die die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) initiiert hat. Zum Gesicht dieser Kampagne wurde die Shoah-Überlebende Esther Bejarano gekürt. Allerdings handelt es sich bei dieser auch um eine bekennende Antizionistin, womit dieser neue deutsche Antifaschismus mit einer erklärten Gegnerin genau jenes Landes antritt, das die richtigen Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus gezogen hat und dafür sorgt, dass Juden ihren Peinigern niemals wieder unbewaffnet ausgeliefert sein werden.

Das ist kein Wunder, wenn man bedenkt, dass die ehemalige Organisation der Überlebenden längst nur noch eine Erbengemeinschaft in einer tragikomischen Rolle ist: Als kryptokommunistisch verschrien, wird ihr die Gemeinnützigkeit entzogen, während sich ihr politisches Tagesgeschäft kaum von jenem anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen unterscheidet. Die VVN-BdA forderte das Verbot der NPD genauso wie der CSU-Hardliner Günther Beckstein, engagierte sich für ein Gedenken an die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, bei dem die Bundeszentrale für politische Bildung nur allzu gern behilflich war, und feierte gemeinsam mit den Vertretern der deutschen Staatsmacht den 8. Mai als Tag der Befreiung. Einzig die ostalgische Folklore macht einen Unterschied.

Anders als es sich die Strategen erhofft hatten, fand die jüngste Kampagne für einen antifaschistischen Gedenktag, an dem sich auch die deutsche Nation selbst feiern kann, in der bürgerlichen Presse kaum Widerhall. Warum auch? Als offizieller Gedenkweltmeister kann Deutschland längst dem Iran im Kampf gegen die US-amerikanischen Sanktionen beistehen und seinen östlichen Nachbarn Lektionen in Demokratie erteilen. Der Paria unter den Staaten ist Deutschland schon längst nicht mehr. Die zivilgesellschaftliche Antifa hat ihren Beitrag dazu geleistet.

© Jungle World Verlags GmbH